

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**21. Dezember
2022**

1. Energiegutachter sehen früheres Ende der Lausitzer Braunkohlekraftwerke
2. Braunkohlenplanverfahren Welzow braucht unabhängige Gutachter
3. Cottbuser Seegrund immer noch trocken - LEAG-Voraussage war falsch
4. Foto-Ausstellung zu vom Kohletagebau bedrohtem Wald ab 13. Januar in Berlin
5. Demonstration gegen Räumung von Lützerath am 14. Januar
6. Verwaltungsabkommen: Kohlesanierung bis 2027 finanziert

1. Energiegutachter sehen früheres Ende der Lausitzer Braunkohlekraftwerke

Cottbus/Berlin, 12.12.2022. Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA fordert die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen auf, sich mit dem möglichen früheren Ende der Lausitzer Braunkohlekraftwerke auseinanderzusetzen. Die Energiegutachter des renommierten Instituts Aurora Energy Research erwarten in einer kürzlich veröffentlichten Modellierung des Strommarktes ein Ende für die älteren Kraftwerksblöcke Boxberg P und N im Jahr 2026 und damit drei Jahre früher als bisher geplant. Das Ende aller übrigen Braunkohleblöcke folgt demnach im Jahr 2030.

„Das Ergebnis der Studie überrascht, ist aber ein sehr ernstzunehmendes Szenario. Der Bedarf an Braunkohle nach 2025 ist offenbar nicht so selbstverständlich wie man derzeit glaubt. Wie lange es für die Tagebaue Welzow-Süd und Nochten eine energiepolitische Notwendigkeit gibt, wird in den Planverfahren zu prüfen und konkret nachzuweisen sein.“ sagt René Schuster von der GRÜNEN LIGA.

Zu den Tagebauen Welzow-Süd (Brandenburg) und Nochten (Sachsen) wurden Verfahren zur Änderung des jeweiligen Braunkohlenplans eingeleitet. Beim Tagebau Nochten ist zudem die berg- und wasserrechtliche Genehmigung bis zum 31.12.2026 befristet.

Die Aurora-Studie wurde vom Netzwerk Europe beyond coal in Auftrag gegeben. Da die schon am 1. Dezember veröffentlichte Strommarktmodellierung vor allem Fragen zum rheinischen Kohlerevier klären sollte, wurden die Ergebnisse zur Lausitz zunächst öffentlich kaum wahrgenommen. Zugrunde gelegt wurde eine Erholung der Gaspreise in der zweiten Hälfte der 2020er Jahre.

[Strommarktmodellierung von Aurora Energy research](#) (Aussagen zur Lausitz insbesondere auf Folie 11 und Folie 25, Kernannahmen der Modellierung auf Folie 20)

2. Braunkohlenplanverfahren Welzow braucht unabhängige Gutachter

Cottbus, 15.12.2022. Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA fordert die Bearbeitung des Braunkohlenplanes Welzow durch von der LEAG unabhängige Gutachterfirmen. In ihrer Stellungnahme zum gestrigen Scoping-Termin wies die GRÜNE LIGA nach, dass die beauftragte Firma sowohl regelmäßige wirtschaftliche Beziehungen zur LEAG hat als auch politisch für mehr Braunkohlenabbau aktiv war.

„Dieses Planverfahren wird darüber entscheiden, wie die LEAG die Folgelandschaft des Tagebaues gestalten muss. Die für die LEAG billigste Variante treibt die Folgekosten für die Allgemeinheit nach oben. Es ist grotesk, mit dieser Prüfung einen mit der LEAG verhandelten Gutachter zu beauftragen.“

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Das Vergabeverfahren ist zu wiederholen, um Schaden von der Allgemeinheit abzuwenden.“ sagt René Schuster von der GRÜNEN LIGA.

Die LEAG plant den zukünftige Tagebausee noch größer als der Cottbuser Ostsee, für das Unternehmen offenbar die billigste Art der Rekultivierung. Mit der Seegröße steigen jedoch die Folgekosten für die Allgemeinheit. Im Planverfahren soll deshalb geprüft werden, wie stark der See verkleinert werden kann. Für die LEAG dürfte es dabei um hunderten Millionen Euro gehen, sie hat ein offensichtliches Interesse diese Prüfung zu beeinflussen.

Die beauftragte Firma Gerstgraser ist regelmäßiger Auftragnehmer des Tagebaubetreibers LEAG und hat in der Vergangenheit sogar mehrfach politisch für Braunkohlenabbau demonstriert. Die beteiligten Firmen haben mit dem Banner „Wir leben von der Kohle und nicht von grünen Märchen“ ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von der LEAG sogar selbst aktiv hervorgehoben. Das schließt sich mit unabhängiger Gutachtertätigkeit aus.

Als Mitglied des „Wasser-Cluster Lausitz“ behauptete Dr. Gerstgraser zudem öffentlich, der derzeitige Klimawandel sei zu wesentlichen Teilen von außerhalb der Atmosphäre verursacht. Es handelt sich um eine typische Erzählung der Klimaskeptiker-Szene, die wissenschaftlich seit langem widerlegt sind.

Der Ausschluss von Interessenkonflikten ist bei der Formulierung der Ausschreibung sicherzustellen, was offensichtlich nicht erfolgte. Die für die Vergabeentscheidung zuständige Referatsleiterin war vor einigen Jahren von der Rechtsabteilung des mitteldeutschen Kohlekonzerns MIBRAG, die ebenso wie die LEAG zur tschechischen EPH-Gruppe gehört, zur Landesplanungsabteilung gewechselt.

Bei einem Scoping-Termin diskutieren Behörden und Verbände, welche Untersuchungen im jeweiligen Planverfahren durchgeführt werden müssen. Eine Entscheidung über den Untersuchungsrahmen wurde gestern noch nicht getroffen und ist für Januar 2023 angekündigt.

Links und Quellen:

[Vollständige Stellungnahme der GRÜNEN LIGA zum Scoping](#)

[Firma Gerstgraser demonstrierte für Kohletagebaue](#) (Meldung „11.12.2014 Erste Impressionen der Demonstration vor der Messehalle am 10. Dezember“ - Screenshot mit vollständig sichtbarem Logo der Firma Gerstgraser liegt vor und kann auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden.)

[Beteiligung Dr. Gerstgraser an umstrittenem LEAG-geführten Konsortium](#) (Spiegel-Artikel)

[Klimaskeptische Aussagen Dr. Gerstgraser widerlegt](#)

[Kritik an der Besetzung der Referatsleitung](#) (2018)

3. Cottbuser Seegrund immer noch trocken - LEAG-Voraussage war falsch

Cottbus, 19.12.2022. Die Flutung des ehemaligen Braunkohlentagebaues Cottbuser Ostsees hat ihren Zeitplan deutlich verfehlt. Die vom Unternehmen LEAG für Ende 2022 vorausgesagte geschlossene Wasserfläche ist derzeit noch nicht absehbar. Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA fordert deshalb, die Planungen für weitere Tagebauseen zu überdenken.

„Unternehmen und Bergbehörde sollten die Warnung endlich ernst nehmen, dass für weitere überdimensionierte Tagebauseen nicht genug Wasser da sein wird. Die Pläne für die Tagebaue Nochten und Welzow müssen so überarbeitet werden, dass deutlich weniger künstliche Verdunstungsfläche entsteht.“ sagt René Schuster, Braunkohlenexperte der GRÜNEN LIGA.

Der bis 2020 im Unternehmen verantwortliche Leiter Ingolf Arnold hatte zur Flutung des Sees ausdrücklich angekündigt: "Zudem werden ab dem Jahr 2022 die letzten Pumpen zur Hebung des Grundwassers ganz abgestellt werden können. Bis dahin wird sich in etwa auch eine geschlossene Wasserfläche gebildet haben.“

Seitdem betonte das Unternehmen immer wieder, mit der Flutung des Sees im Plan zu sein. Arnold hatte später „spätestens 2022 mal wieder richtige fette Jahre“ für die Verfügbarkeit von Flutungswasser vorausgesagt. Tatsächlich ist aktuell das Spreewasser selbst im Winterhalbjahr zu knapp um Einleitungen in den Tagebausee zuzulassen. In ihren Tagebauen Welzow-Süd und Nochten plant die LEAG weitere großflächige Seen anzulegen. Beim Welzower See hat das Unternehmen bis heute nicht erklärt, warum es bei Verzicht auf das Abbaugelände II (und damit geringerem „Massendefizit“) der See sogar noch größer anstatt kleiner werden soll.

Im Vergleich mit dem Zeitraum 1960-1990 gab es bisher im Jahr 2022 nur einen überdurchschnittlich regenreichen, aber fünf regenarme Monate. (Abweichung von mehr als 20 % vom langjährigen Mittel) Gleichzeitig waren neun von elf Monaten überdurchschnittlich warm, was zu höherem Wasserverbrauch durch Verdunstung führt.

Links und Quellen:

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

[zitierte Voraussage der LEAG zum Flutungszeitplan](#)
[Kommentar zur Thematik vom August 2022](#)
[Wetterdaten von Cottbus im Vergleich zum langjährigen Mittel](#)

4. Foto-Ausstellung zu vom Kohletagebau bedrohtem Wald ab 13. Januar in Berlin

Die Fotoausstellung zu unserem bedrohten Wald wird ab 13. Januar in Berlin gezeigt: Vom 14. Januar 2023 bis 24. Februar 2023 im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin) zu sehen. Die LEAG, ein Unternehmen im Eigentum des tschechischen Milliardärs Daniel Křetínský plant den Braunkohletagebau Nochten zu erweitern und dafür weiteren Wald zu vernichten. Der Fotograf Markus Pichlmaier machte gemeinsam mit dem Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA die Annäherung des Tagebaues an Wald und Dörfer visuell erlebbar. Unter dem Titel „Unverkäuflich“ werden die 15 Motive umfassenden Fotografien und Kollagen im Foyer des Robert-Havemann-Saales gezeigt. Die privaten Eigentümer eines Waldes bei Rohne weigern sich ihr Grundstück an den KohleKonzern LEAG zu verkaufen und haben ihn stattdessen an den Umweltverband GRÜNE LIGA verpachtet. Diese führt seit 2020 Umweltbildungs- und Kulturveranstaltungen in dem Waldstück durch, so zum Beispiel eine kürzliche Kunst- und Baumpflanzaktion. Inzwischen hat die LEAG ein Enteignungsverfahren gegen Grundeigentümer und Umweltgruppe eingeleitet, das beim sächsischen Oberbergamt bearbeitet wird. Die bereits früher geplante Präsenz der Ausstellung in Berlin hatte wegen Corona-Pandemie abgesagt werden müssen.

5. Demonstration gegen Räumung von Lützerath am 14. Januar

Das Land Nordrhein-Westfalen beabsichtigt, im Januar 2023 mit der Räumung der Siedlung Lützerath zu beginnen, um den Weg für den Abbau von weiteren 90 Millionen Tonnen Braunkohle allein in den nächsten drei Jahren frei zu machen. Dagegen wird einem Bündnis der Klimabewegung am 14. Januar ab 12:00 Uhr in Lützerath friedlich protestieren. Nähere Informationen bei [Alle Dörfer bleiben](#).

6. Verwaltungsabkommen: Kohlesanierung bis 2027 finanziert

Das Erbe des DDR-Bergbaus wird passenderweise in Fünfjahrplänen verwaltet - zumindest bislang. Am 8. Dezember 2022 wurde das [siebente derartige Verwaltungsabkommen](#) unterzeichnet. Es regelt, wie Bund und betroffene Länder sich die Kosten der Tagebaufolgen von 2023 bis 2027 teilen werden. Die insgesamt 1,44 Milliarden Euro verwendet die [Sanierungsgesellschaft LMBV](#) für die vor 1990 abgebaggerten Flächen. Damit ist das Budget im Vergleich zum letzten Fünf-Jahres-Zeitraum um 214 Millionen Euro gestiegen.

Das Aktionsbündnis Klare Spree legt in einer ersten Reaktion Wert darauf, dass Zulassung und Bau der Dichtwand am Tagebau Lohsa II nicht weiter verzögert werden dürfen. Die Dichtwand soll das der Spree in diesem Bereich zuströmende Eisen aufhalten und eine Reinigung ermöglichen, um die Ockerbelastung der Spree wirksam zu reduzieren.

Im Laufe der letzten zwei Jahre hatte das Wort "Ewigkeitslasten" die Runde gemacht, wo zuvor lange die Vorstellung herrschte, wenn erstmal ein "sich weitgehend selbst regulierenden Wasserhaushalt" hergestellt ist, wäre die Arbeit getan. Tatsächlich scheinen die hergestellten Tagebauseen aber dauerhaften "Nachsorgebedarf" zu haben, sowohl bei der Wassermenge, als auch bei dessen Qualität. Deshalb wird immer lauter auch über eine "Verstetigung" nachgedacht, anstelle aller fünf Jahre neu auszuhandelnder Abkommen.

Zugleich sind immer noch zehntausende Hektar gesperrt, seit im Jahr 2010 eine Rutschung im Tagebau Spreetal bisher sicher geglaubtes in Frage stellte. Eine vollständige Verdichtung aller Flächen scheint in überschaubaren Zeiträumen nicht bezahlbar, wie die [Klimareporter am 14. Dezember](#) ausführlich berichten. Und so kommt zur Diskussion um die "Verstetigung" auch die über eine "Absenkung des Sanierungsstandards".

Eine "grundlegende Novellierung der Vorgaben" für das Bundesunternehmen LMBV forderten die bündnisgrünen Kreisverbände Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz in einer [Pressemitteilung](#). Sie sprechen sich für die Einrichtung einer Kommission zur Bewältigung der Braunkohlesanierung und zur Sicherung des Wasserhaushalts aus.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--